

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brachestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 4952 und 8349

Nummer 4

Berlin, den 22. Januar 1927

2. Jahrgang

Arbeiter, erweitert euren Einfluß in der Krankenversicherung.

„Discite, moniti!“ (Lernet, ihr seid gewarnt!) Arbeiter, an die Front! So schließt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ ihren Leitartikel vom 6. Januar d. J. Dieser Mahnruf an die deutschen Unternehmer, der von dem schwerindustriellen Blatt ausgeht, deutet auf eine momentan brennende Situation hin, so daß wir unsererseits die Gelegenheit benutzen wollen, die Arbeiter- und Angestellten auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Diese gehen bereits aus der Uebersicht des betreffenden Artikels der „D. B.-Z.“ hervor, welche lautet: „Der Kampf um die Krankenversicherung. Ein Mahnruf an die deutschen Arbeitgeber!“

Der Kampfabteil der „D. B.-Z.“ stützt sich auf eine Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns auf der Tagung des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei. Dieser soll dort u. a. erklärt haben: „Wir sind auch daran, der Sozialversicherung heute eine neue Verfassung zu geben. Auf diesem Gebiete ist ganz besonders das neue Knappschafts-Gesetz richtunggebend gewesen, wo ja das Uebel seit Menschengedenken darin bestand, daß sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit gleichen Rechten gegenüberstanden, und damit der Zwist zwischen beiden verewigt war. Ich glaube, daß wir dazu kommen, daß die Ausgaben für die Sozialversicherung in eine gewisse Relation zum Lohn gesetzt werden, und daß im übrigen die ganze Sozialversicherung der Selbstverwaltung der beteiligten Arbeiter überantwortet werden kann, selbstverständlich unter behördlicher Kontrolle.“

Das Organ der Ruhrindustrie wettet nun gegen die angeblich geplante Zurückführung der Unternehmer in der Sozialversicherung mit der ihm eigenen Rabulistik. Die Unternehmer würden in der Sozialversicherung vollständig ausgeschaltet, und der Macht der Gewerkschaften Tür und Tor geöffnet. Es wird wiederum daran erinnert, daß die Gewerkschaften von Amts wegen eine Monopolverstellung eingeräumt bekämen, die ihnen nicht zustände, da sie nur ein Drittel der vorhandenen Arbeiterkraft darstellen.

Und da überdies die Gefahr bestände, daß die Sozialversicherung im Rahmen des Internationalen Arbeitsrats internationalisiert wird, so erhebt es gebieterisch, daß das deutsche Arbeitgebertum eine klare Stellungnahme zu der gesamten Sozialversicherung einnehmen müsse. Eine solche Stellungnahme verleihe auch deshalb keinen Aufschub, weil die Wahlen zu den Organen der Krankenversicherung (Ausißuß und Vorstand) bevorstehen. Nachdem das schwerindustrielle Blatt die Unternehmer mit Schlagworten genügend eingeheizt hat, wollen wir nur die Behauptung registrieren wollen, daß der Hauptverband Deutscher Krankenkassen neben den Gewerkschaften und den Konsumvereinen die Hauptstütze des Sozialismus in Deutschland darstelle, heißt es zum Schluß:

„Schon allein diese letzten Ueberlegungen sollten die Arbeitgeber anspornen, ihr besonderes Interesse den kommenden Neuwahlen in der Krankenversicherung zuzuwenden und für eine wirksame Vertretung der Arbeitgeber in den Organen der Allgemeinen Ortskrankenkassen zu sorgen. Es würde eine tiefe Tragik darin liegen, wenn die Führung in der Krankenversicherung und damit auch in der Sozialversicherung, die ihre Vorbilder seinerzeit an den aus freier Initiative hervor gegangenen Einrichtungen deutscher Arbeitgeber genommen hat, nunmehr ausschließlich den Gewerkschaften überantwortet werden sollte. Man verzeihe auch nicht, daß die regionale Einheitskasse als Unterbau der gesamten Sozialversicherung war eine Vorstufe zu der allgemeinen Staatsbürgererversorgung, zum sozialistischen Vorkriegszustand bedeutet. Discite, moniti! Arbeiter, an die Front!“

Nicht erst solche Brandartikel aus dem Lager der Schwerindustrie haben die Tatsache erkennen lassen, daß das ganze deutsche Unternehmertum zurzeit mit allen Mitteln bestrebt ist, seinen Einfluß in den Organen der Sozialpolitik zu erweitern und die ganze sozialpolitische Entwicklung zu hemmen bzw. zurückzudrängen. In den Organen der Sozialversicherung selbst wird seit langem ein hartnäckiger Kampf ausgefochten. Nunmehr soll er in der Öffentlichkeit weitergeführt und möglichst für die Unternehmer zum Siege gebracht werden. Hierbei stützen sie sich auf ihren zweifellos vorhandenen wirtschaftlichen und politischen Einfluß.

Neuere lächerlich ist es, wenn gerade aus Unternehmerkreisen der Schwerindustrie gegen den angeblichen Monopolcharakter der Gewerkschaften gewettert wird. Gerade sie sind die geborenen Monopolisten: sie verfügen seit Jahrzehnten über glänzend aufgebaute Monopole der wichtigsten Grundstoffe der deutschen Industriewirtschaft. Diese Handels-Menschen haben ihre Monopolherrschschaft rücksichtslos gegen das gesamte Volk ausgenutzt, und nunmehr stellen sie sich mit beuchlerlichem Augenaufschlag hin und warnen vor den Monopolen der Gewerkschaften. Wenn hätten sie ihre gelben Schühlinge in den Organen der Krankenkassen usw. Wählten sie dann doch, daß sie mit diesen rückgratlosen Gesellen machen könnten, was sie wollten. Aber den Gefallen können wir den Herrschaften nicht erweisen. Der unorganisierte Schwamm, der neben der organisatorischen Macht der Arbeiterklasse freucht und herüberkommt für eine Interessenvertretung nicht in Frage.

Die Krankenkassen bilden die Zielscheibe des machthungrigen Unternehmertums. Hier wollen sie den Hebel ansetzen, um die sozialpolitische Front der Arbeiterklasse einzubrochen oder gänzlich aufzurollen. Das wird ihnen nicht gelingen. Aber es könnte doch sein, daß durch eine einsetzende heftige Agitation in der Öffentlichkeit mancher geplante Fortschritt verhindert und die hoffnungslosen Anläufe einer modernen Sozialpolitik unausgeführt bleiben würden. Deshalb muß an die deutschen Arbeiter und Angestellten der bringende Ruf gerichtet werden, sich ihrer Pflichten als Mitglieder der Krankenkassen zu entsinnen. Die „D. B.-Z.“ schreibt, daß die Unternehmer alle Mittel anwenden sollten, um zu einer wirksamen Vertretung in den Organen der Allgemeinen Ortskrankenkassen zu gelangen. Nicht umsonst sprechen sie hier von den Allgemeinen Ortskrankenkassen, weil diese ihnen besonders ein Greuel sind und dort sich der Einfluß der Ar-

Unternehmergriff nach der Regierungsmacht.

Die deutsche Unternehmerschaft erholte sich von den Krisennachwirkungen auf Kosten der Arbeiterschaft sehr rasch. Ihre Kapitalreserven sind zum Ueberlaufen voll. Sie fühlen sich nach jeder Richtung wieder stark. Diese Machtbefestigung allein genügt ihnen jedoch nicht, weil sie nicht ausreicht für den Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Sie erstreben die Ausbreitung ihrer Macht und ihres Einflusses in der Wirtschaft auch auf den Staat auszuweiten und bedienen sich dabei der reaktionären Kräfte des parlamentarisch vertretenen Bürgertums. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß der Kanzlerkandidat Dr. Curtius bei der Befragung der Parteien über die Regierungsbildung diesmal auch die Vertreter der Gewerkschaften zu sich kommen ließ, um sich über ihre Forderungen zu unterrichten.

Die Gewerkschaftsführer der freien, christlichen und kirchlich-underschiedenartigen Richtung ließen dem Reichswirtschaftsminister und Anwärter auf den Kanzlerposten, Dr. Curtius, nicht im Zweifel, wie ernst es ihnen mit ihren sozialpolitischen Forderungen, die ihrer baldigen Erledigung harren, ist. Sie gaben zu verstehen, daß die Nichtbeachtung der Gewerkschaftsforderungen in sozial- und wirtschaftspolitischer Hinsicht scharfe Kämpfe heraufbeschwören werde. Der Minister hörte sich die Darlegungen der Vertreter der Gewerkschaften an, sogar mit größter Aufmerksamkeit, wie es heißt; aber von Anerkennung war keine Rede. Bei den Forderungen der freien Gewerkschaften ergaben die Erwiderungen von Dr. Curtius einen weitgehenden und unüberbrückbaren Gegensatz. Er ist eben ein Vertreter des Unternehmertums, der auch als Regierungsmann die ihm übertragenen Interessen seiner Auftraggeber wahrzunehmen hat.

Selbst die sogenannten parteilosen Gewerkschaftsvertreter der anderen Gewerkschaftsrichtungen mügen unter diesem Eindruck stehen; denn die warnenden Stimmen aus ihrem Lager deuten darauf hin, daß die Regierungsbildung durch Curtius zu einer reinen Unternehmer- und Besitzendherrschaft geführt hätte.

Wenn die Befragung der Gewerkschaftsvertreter auch nur eine Formsache war, so hätte sie wenigstens den Zweck, daß Klärung geschaffen wurde über die Ziele, die erstrebt wurden. Wenn schon der deutsche Reichstagsabgeordnete Walter Lam bach als Vertreter des Deutschen Handlungsgehilfenverbandes, also einer Gewerkschaft, schreibt, daß mit dieser Regierungsbildung (Einbeziehung seiner Partei) Gefahr im Verzuge ist, dann ist sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, die Wirtschaftsmächte hätten die Absicht, auch die gesamte Staatsmacht in die Hände zu bekommen, um dann mit ihrer Hilfe die sozial- und wirtschaftspolitischen Verlangen der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft einfach

beiterchaft befestigen konnte. Am liebsten wäre es ihnen, die ganze Krankenversicherung könnte in Gestalt von Innungs- und Betriebskrankenkassen organisiert werden. Dann würde es ihnen um die Zukunft nicht bange sein.

Wir rufen der Masse der Kopf- und Handarbeiterschaft dieselben Worte zu, wie die „D. B.-Z.“ an die Adresse der Unternehmer richtete: „Discite, moniti!“ (Lernet, ihr seid gewarnt!) Denn wir glauben, die Arbeiterschaft hat die Warnung weit nötiger als die Unternehmer, und weit mehr wie dort ist hier gerade in solchen Dingen Klarheit und oberflächliches Interesse vertreten. Deshalb stellt euer Mann bei den Wahlen der Krankenkassen und verteidigt die Sozialpolitik!

Von den „Niedergerittenen“.

In der deutschen Arbeiterbewegung vollziehen sich seit einiger Zeit Dinge, die uns zeigen, daß die Gewerkschaften, in erster Linie die freien Gewerkschaften, trotz der unendlich großen Schwierigkeiten vor einem neuen Aufstieg stehen. Auch im Arbeitgeberlager rechnet man mit diesem Aufstieg, daher auch die bekannten Neben Silberberg in Dresden und in Köln. Die Gewerkschaften haben das Verdienst, feststellen zu können, daß sie, die „Niedergerittenen“, trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit fest im Sattel sitzen. Die Massenarbeitslosigkeit, die Ealtungen in den einzelnen Gewerkschaften, die von den Kommunisten eingefädelten Rutsch mit ihren üblen Begleiterscheinungen haben alle nicht verwirrt, die freien Gewerkschaften müßte zu machen. Auch unser Verband hat diese schwere Zeit überstanden. Der kommunistische Industrieverband für die chemische Industrie ist schon längst in die Verleugung ver schwunden und auch der Angriff des Unternehmertums im vorigen Jahr in der chemischen Großindustrie ist glücklich überwunden worden. Der Tiefstand in den Mitgliederzahlen ist fast in allen Gewerkschaften als überwunden zu bezeichnen.

Für viele Arbeiter und Arbeiterinnen hat die Massenarbeitslosigkeit die Erkenntnis gebracht, sich den Gewerkschaften anzuschließen. Viele Erkenntnis ist durchaus verständlich. Wo wären die Millionen von Erwerbslosen geblieben, wenn ihre Interessen nicht so wirksam von den Vertretern der Gewerkschaften in den Gemeindeparlamenten und im Reichstage vertreten worden wären? Millionen haben eingesehen, daß sie ohne die Hilfe und Mithilfe der Gewerkschaften das Maß an Erwerbslosenunterstützung nicht bekommen hätten, was sie bewie erhalten. Diese Gruppe von Arbeitern und Arbeiterinnen hat erkannt und es fast jeden Tag am eigenen Leibe erfahren, daß die ernste Arbeit der Gewerkschaften auf Sicherung der Lebenshaltung nicht Verrat an der Arbeiterschaft sein kann, wie es jeden Tag von der kommunistischen Presse hinzustellen versucht wird, sondern daß diese Arbeit volle Anerkennung und Achtung im weitesten Maße verdient. Nach und nach hat auch der Arbeitslose eingesehen, daß er nicht nur als Arbeiter im Betrieb sich der Gewerkschaften bedienen muß, sondern auch in der Zeit der Not der Solidaritätswörter und Kräfte tragen kann. Das sind heute Fragen, die überall, wo Arbeitslose zusammenkommen, diskutiert und durchdacht werden und allmählich zum Gemeingut in der Arbeiterschaft sich fortentwickeln werden. Der Arbeitslose hat mittlerweile erkannt, daß er vom Arbeitgeber-

abzuweisen, durch andere Einwirkungen abzubiegen und zu scharfen Gegenmaßnahmen zu schreiten. Die Kapitalgewaltigen gehen aus ganz. Das geht klar aus den Vorgängen hervor.

Mag die gesamte und getrennt marschierende Arbeiterschaft daraus lernen.

Die freien Gewerkschaften stehen den kommenden Dingen gewappnet gegenüber. Sie wissen, worum es geht. Ihr Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, um den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, um Teilnahme an der Wirtschaft geht weiter, mag die Regierung kommen, wie sie will. Den Zug der Zeit aufzuhalten, dazu ist doch keine Regierung für die Dauer imstande.

Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Generalrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 13. Januar in Amsterdam einstimmig folgende, von Ditz-England eingebrachte Entschliesung angenommen:

„Der Generalrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes verfolgt mit großer Anteilnahme die Ereignisse in Mexiko. Seine Sympathie gehört dem amerikanischen Volk und seiner Regierung. Der Internationale Gewerkschaftsbund gibt dem mexikanischen Volke die Versicherung, daß er es in seinem Kampf gegen fremde Einflüsse und Einmischungen unterstützen wird.“

Ferner nahm der Generalrat zu der Frage eines eventuellen Zusammengehens mit der russischen Gewerkschaftsbewegung Stellung. Hierzu war ebenfalls vom englischen Gewerkschaftsführer eine Entschliesung eingebracht worden, die besagt, daß der Generalrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes angesichts der wiederholten ernstlichen Ersuchen des britischen Gewerkschaftsführers zur Einberufung einer Konferenz mit russischen Gewerkschaftsvertretern und angesichts der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens in der internationalen Gewerkschaftsbewegung der Einberufung einer Konferenz zwischen Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des russischen Gewerkschaftsrates zustimme. An die Bereitwilligkeit zur Teilnahme an einer derartigen Konferenz sollten von beiden Seiten keinerlei Bedingungen geknüpft werden. Dieser Antrag wurde jedoch nach einer lebhaften Debatte am späten Nachmittag mit zwölf gegen sechs Stimmen abgelehnt. Für die Entschliesung traten ein: Purcell, Ditz und Brown (England), Timmen (Holland), Dürr (Schweiz), Zanerle (Tschchoslaweisei).

Die überwiegende Mehrheit des Generalrates hält demnach die Zeit für eine gemeinschaftliche Konferenz mit den Russen noch nicht für gekommen.

Die fortwährende Entwicklung, aufgebaut auf Grund der wahren Erkenntnis, geht unbeirrt ihren Weg, und darüber lassen sich alle schönen Mahnungen und das Mittel der Werksgemeinschaft nicht hinwegreißen. Vor etwa einem Jahre jagte ein Norddeutscher Unternehmerrundfunk anlässlich einer Lohnverhandlung am Schlichtungsamt wörtlich:

„In Zukunft muß es wieder so werden: Ist die Gewerkschaft stark, dann werden wir ihre Wünsche erfüllen müssen. Ist sie schwach, dann muß sich die Arbeiterschaft mit dem abfinden, was wir ihr geben.“

Diese Worte muß sich jeder Kollege und jede Kollegin auswendig lernen. Sie weisen uns gebieterisch unseren Weg. Den bitteren Weg der Erprobung müssen aber auch alle diejenigen gehen, die ohne gewerkschaftliche Schutzhülle, ohne Kenntnis der wirtschaftlichen Kräfte des Unternehmertums hemmungslos den überrothalen Schreibern ins Garn gelangen ließ. Auch diejenigen müssen zurück auf den Weg der Erkenntnis, die sich vom Arbeitgebertum haben einfangen lassen. Deshalb: „Auf, an die Arbeit!“

Anwärts und vorwärts!

B. Gerwig.

Geburtenausfall und Arbeitsmarkt.

Der Krieg hat bekanntlich in der Bevölkerungsentwicklung nicht geringe Spuren hinterlassen. Aus dem Geburtenrückgang der Kriegs- und Nachkriegszeit wurde vielfach die Folgerung gezogen, daß vom Jahre 1929 ab ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften eintreten würde. Man war allgemein der Meinung, daß eine Arbeitslosigkeit in dem Jahresdurchschnitt von 1929 bis 1934 nicht mehr zu vermeiden sei. Das Statistische Reichsamt hat im Heft Nr. 20 der „Wirtschaft und Statistik“ eine Untersuchung veröffentlicht, worin gezeigt wird, daß die Annahme, der Geburtenausfall der Kriegs- und Nachkriegszeit würde günstig auf den Arbeitsmarkt einwirken, nicht zutreffend ist. Wohl stellt auch das Statistische Amt fest, daß vom Jahre 1899 ab ein empfindlicher Rückgang bei den weiblichen Arbeitskräften eintreten wird. Dieser Rückgang würde allerdings mehr als ausgeglichen durch andere Faktoren der Bevölkerungsentwicklung, vor allem durch den schon vorher eingetretenen Zuwachs an Arbeitskräften aus den stark besetzten Geburtsjahrgängen der letzten Jahre vor dem Kriege und durch die verringerte Sterblichkeit. Der Direktor im Statistischen

50jähriges Arbeitsjubiläum.

Am 2. Januar 1927 konnte der Kollege Adolf Zange, Schwepnitz, in noch geistiger und körperlicher Frische sein 50jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma Aug. Leonhardt, Glaswerke, Schwepnitz, begehen.
Die Kollegenchaft gratulierte dem Jubilar am Morgen des 2. Januar durch einige Gesandtschaften und ihm als Anerkennung eine Gessell überreichend, mit dem Wunsch, ihn noch recht lange zu benutzen. Auch wir gratulieren dem Kollegen Adolf Zange und wünschen ihm noch recht langes Leben und weiterhin so wie bisher beste Gesundheit, damit es ihm vergönnt ist, noch recht viele Jahre im Kreise seiner Kollegen zu verweilen.
Zugleich sprechen wir die Hoffnung aus, daß er uns weiterhin wie bisher als guter Kollege erhalten bleibt.

Die Ortsverwaltung.

Warnung zu den Tarifverhandlungen.

Bei wichtigen Entscheidungen soll man sich nie vom Gefühl und nicht von Stimmungen leiten lassen. Das ist richtig. Aber anlässlich der kommenden Tarifverhandlungen macht sich doch so ein gefühlsmäßiges Etwas bemerkbar, das erkennen läßt: Die Porzellanarbeiter-Unterhändler treten diesmal den Arbeitgebern mit noch gewichtigerem Rückhalt, mit noch mehr Mut, mit noch größerem Selbstbewußtsein entgegen, als in den letzten drei Jahren. Sie haben ein Recht dazu. Die Organisationsverhältnisse bei den Porzellanarbeitern haben sich trotz Krise verbessert und verstärkt. Ausnahmen sind selten. Und die Verschmelzung (schon unzweifelhaft eine stark ins Gewicht fallende Rückentwicklung). Darin liegt ein wesentlicher Fortschritt und ein für die Porzellanarbeiterschaft günstigerer Umstand, der sich unbedingt auswirken muß, den vor allem die Gegenseite zu beachten hat, wenn sie zu einem erträglichen Vertragsverhältnis kommen will.

Viele Feststellungen geschieht absichtlich zu dem Zweck, damit die Leitung des Arbeitgeberverbandes und dessen Mitglieder rechtzeitig davon Notiz nehmen können. Die Arbeitgeber haben diesmal die wirtschaftliche Pflicht, Entgegenkommen für die Arbeiter vorzubereiten und zu zeigen und von Manövern Abstand zu nehmen; sonst erweisen sie der Porzellanindustrie einen schlechten Dienst. Die Herren im Arbeitgeberlager haben es also in der Hand, die mit ihnen verbundene Industrie vor Erschütterungen zu bewahren.

Wir brauchen wohl nicht erst erwähnen, daß einem großen Teil Unternehmen ernsthafte Konflikte mit den Belegschaften wegen Lohn- und Arbeitszeitfragen sowie sozialer Notwendigkeiten nicht nützlich sein können, sondern glauben vielmehr, ein gesundes und für die Arbeiterschaft verbessertes Vertragsverhältnis ist ihnen dienlicher. Und so gut rechnen werden sicher auch die Arbeitgeber, daß sie sich gegen eine unüberwindliche langanhaltende Beunruhigung, bei der Kämpfe zwischen Belegschaften und Firmenleitungen unvermeidlich sind. Hoffentlich bergreifen sich die Arbeitgeber bei ihren Entscheidungen nicht. Unter Umständen können ja die Herren Syndici und Direktoren den Scharmachern Belehrung erteilen darüber, was das Klägere für ein Wert ist: Konflikt mit der Belegschaft oder Verständigung im Guten für längere Zeit. Doch mögen die Erwägungen die Arbeitgeber weiterspinnen, es genügt, darauf hingewiesen zu haben.

Die Stellungnahme der organisierten Belegschaften, soweit sie erfolgte, ergab ebenfalls, daß die Porzellanarbeiter wieder von höherem Willen befeelt sind, ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse günstiger zu gestalten, entweder durch Verhandlungen oder durch Kampf. Das ist das Entscheidende. Die Porzellanarbeiterschaft erkannte wieder mehr, daß ihr Schicksal stark von ihrem Willen und Wollen abhängt und daß die Arbeitgeber gezwungen werden müssen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben. Güte und Eintracht bewegen die Arbeitgeber keineswegs, den Arbeitern und Arbeiterinnen Entgegenkommen zu zeigen, darum müssen diese sich ihr Recht und ihren gerechtem Anteil am Preis des Produktes erkämpfen, ob indirekt bei Verhandlungen oder direkt bei wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, hängt ganz von dem Verhalten der Gegenseite ab. Die organisierte Porzellanarbeiterschaft ist zu beiden Möglichkeiten bereit.

So liegt in diesem Jahre die Situation. Wo sich die Belegschaften noch nicht im Klaren sein sollten, welche Haltung sie einzunehmen haben, dort ist es jetzt noch Zeit, den Unternehmern merken zu lassen, daß die Arbeiterschaft nicht mehr mit sich spielen läßt. Und wo noch Lücken vorhanden sind, gehören sie geschlossen. Spitzenabenteurer und bloßes Auftreten würden nicht genügen; den Arbeitgebern muß schon eine willensstarke geschlossene Macht entgegentreten, wenn sie Respekt haben sollen. Das haben auch die letzten noch fernstehenden zu erkennen. Und sie müssen sich noch einreihen, damit die Arbeiterschaft stets dem Unternehmertum als festgefüßtes Bollwerk standhalten kann. Diese Warnung noch an die Arbeiter.

Die Vorbereitungen für die Tarifverhandlungen sind im Gange, ob diese der Industrie förderlich sind, liegt nur auf der Seite der Arbeitgeber. Die Willensfestlegungen der Belegschaften können sie sich zur Nichts tun nehmen, nur tun sie gut daran, auch den Ernst zu erkennen, der dahinter steckt. Die Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie verlangt nicht aus Selbstsucht die Erfüllung der zum Ausbruch gedrähten Forderungen, sondern aus Notwendigkeit ein genügendes Entgegenkommen der Arbeitgeber. Mögen sie danach ihre Forderungen einrichten. Die feinkeramische Arbeiterschaft verlangt für ihre außerordentliche Pflichten-Erfüllung, für ihre überaus harte Tätigkeit zum Wohle der Industrie Rechte, die aus wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gründen gewährt werden müssen.

Wir wollen nun abwarten, ob wirtschaftliche Einsicht und industrielle Voracht bei den Herren Arbeitgebern der feinkeramischen Industrie vorhanden sind.

Gestern noch auf stolzen Rossen...

In der Leitung der Porzellanfabrik Sopsienan, vorwärts Josef Schmalz, A.G., ist plötzlich eine Wendung eingetreten. Der allgewaltige Direktor Haba ist seit dem 1. Januar d. J. nicht mehr leitender Direktor des Werkes. Sein Nachfolger ist der Direktor Kühn aus Freivalden. Auch der vielen Kollegen bekannte Betriebsleiter Bauer hat nur noch eine Gasschicht. Man spricht, daß er längstens bis 1. Juli noch im Betriebe sei.

Mit dem Wechsel in der Direktion und Betriebsleitung ist auch zu verzeichnen, daß eine Anzahl Angestellte aus dem Betriebe ausscheiden. Ob dies mit dem beabsichtigten Gebaltsabbau in Verbindung steht oder auf die Maßnahmen im Direktionswechsel zurückzuführen ist, war nicht festzustellen.

Als letzte seiner Maßnahmen glaubte Direktor Abba noch, vorzulegen eine Betriebsstilllegung zum 31. Dezember 1926 auf fünf Monaten. Es ist zu dieser Stelleung nicht gekommen. Es war eingesehen hat, daß man mehr spart, wenn man an den wirklich gereinigten Flächen Forderungen vornimmt, oder ob man Ersatzstoffe macht, wenn man die Arbeiterschaft einige Wochen nach Hause schickt?

Direktor Abba war ja derjenige, der brutal zum Ausdruck brachte, daß der Betrieb gebrochelt und noch mehr gedreht werden müßte. Man hat aber nie einen Fortschritt nach diesen angeordneten Maßnahmen gesehen. Zurzeit weiß er noch in Sopsienan, wahrscheinlich sein Abgang zu plötzlich, daß er noch zur Einführung seines Nachfolgers einige Zeit benötigt wird.

Die Arbeiterschaft begrüßt den Wechsel, da es über kurz oder lang unter seinem Regime doch zum Ausbruch eines ernstes Stillstandes gekommen wäre.

Die neue Direktion wird zeigen müssen, daß sie in der Lage ist, den festgefahrenen Karren wieder flottzumachen. Dies dürfte

Porzellanarbeiter u. -arbeiterinnen

vergeßt nicht, daß Euch im vergangenen Jahre die Arbeitgeber zu den Tarifverhandlungen Lohnabbau, Schmälerung der Tarifrechte, Verkürzung des Urlaubs und Nichtbezahlung eines Ueberstundenzuschlages als Ausgleich für Euren unverwundlichen Arbeitseifer, für Eure hohe Arbeitsleistung, für Euer anständiges Verhalten, für Euren ungeheuren Fleiß boten.

Ihr radert Euch ab für Aktionäre und Fabrikanten und wie zum Hohn präsentieren Euch deren Abgeordnete stets unerhörte Forderungen auf Verschlechterung Eurer Lage. Bisher war es so und zu den diesmaligen Verhandlungen wird es nicht anders kommen.

Laßt Euch für Euren guten Willen nicht verhöhnen! Bereitet Euch zur Gegenwehr vor!

Schefft Euch eine lückenlose Organisationsmacht, einen starken Rückhalt!

Die Porzellanarbeiterschaft ist der Träger der Porzellanindustrie, der Grundstock für den Profit ihrer Nutznießer. Deshalb hat sie ein Recht auf entsprechende Entgegenkommen und aus wirtschaftlichen Gründen die Pflicht zu ihren bereits bekanntgegebenen Forderungen zu den Vertragsverhandlungen.

natürlich nur möglich sein, wenn man die Mitarbeit der gesamten Arbeiterschaft des Betriebes schätzt und nicht, wie es bisher der Fall war, alle Anregungen achsellos beiseite schiebt und sich für allein fähig hält, das Werk zu leiten; kommt es doch gerade in der Elektroporzellanindustrie auf die langjährigen Erfahrungen der Facharbeiter an, ohne die ein Emporkommen des Werkes nicht möglich ist.

Geht die neue Direktion denselben Weg wie die alte, durch rückwärtslose Kürzung der Stückpreise und Ausbeutung der Arbeitskraft bis zum alleräußersten, so dürfte sie auch in Sopsienan keine Vorbeeren ernten. Nachdem jedoch auf die alten, in langen Jahren erfahrenen Betriebsbeamten zurückgegriffen worden ist, besteht immerhin die Hoffnung, daß auch für Sopsienan die Zeit eines gedeiblicheren Arbeitens gekommen sein dürfte.

Warten wir ab!

Mehr Mut aufbringen!

Im Betrieb E. & C. Carlsons in Reichenbach sind Verhältnisse vorhanden, die einmal in der Öffentlichkeit besprochen werden müssen. Die Stückpreise in der Dreherei haben den Vorkriegsstand noch nicht erreicht. Beispielsweise wurde für Zeller 8. 19 früher 1.50 Mk. gezahlt, heute nur 1.15 Mk., also allein an einem Artikel 25 % Unterschied. Und dabei ist der Lebenshandelsindex mehr als 140, d. h. die Löhne müßten, wenn der Arbeiter genau so leben wollte wie früher, mehr als 40 Proz. höher sein. Dabei könnte er noch nicht einmal alle Tage Fleisch kaufen. Nun haben selbstverständlich auch die Dreher schon lange den Versuch gemacht, die Stückpreise einer Revision zu unterziehen, doch der allgewaltige Herr Direktor Hintertür stemmt sich mit seiner ganzen langen Unzulänglichkeit dagegen. Er will absolut an eine Nachprüfung der Arbeitspreise nicht heran, weil er Beschränkungen hat, daß er mehr zahlen muß. Bei dieser Gelegenheit wagen wir die Frage aufzuwerfen, ob Herr Hintertür auch 40 Proz. weniger als wie vor dem Kriege erhält? Wir vermuten, daß sein Posten als Direktor nicht schlecht bezahlt wird, denn uns sind Porzellanfabriken in ähnlicher Größe bekannt (150 Mann Belegschaft), deren Geschäftsführer nicht unter 16000 (sechzehntausend) Mark Gehalt pro Jahr arbeiten. Das ist ungeheuer, wie 12-14 Zeitlöhner zusammen. Bezüglich der Zeitlöhner, d. h. derjenigen, die den „horrenden“ Lohn haben und deren ein Dutzend auf ein Direktorengelalt gehen, hat die Zahlstelle auch den Versuch gemacht, die Löhne in Einklang mit den Lebensverhältnissen zu bringen. E. & C. Carlsons waren nach Pfingsten 1926 bis heute gut beschäftigt, so daß sie tarifverträglich überstunden anordneten. Es ist uns nur gelungen, den Herrn Hintertür endlich einmal zu bewegen, mit den Zeitlöhnern zu reden. Die Leistungs-zuschläge wurden bis zu 6 % pro Stunde erhöht und erreichen damit noch lange nicht den Lohn, der im hiesigen Bezirk von den Keramikarbeitern erreicht wird. Doch es ist ein kleiner Erfolg für die Zeitlöhner. Die Werkführer mögen sich an dem Geist der Zeitlöhner ein Beispiel nehmen und dafür sorgen, daß ihre Reihen straff organisiert bleiben. Mehr Mut aufbringen, Kollegen und Kolleginnen! Herr Hintertür hat noch keinen Arbeiter zum Rücktritt zu verpfänden geübt. Stellt euch alle hinter den Verband, führt den Beschluß zur gegebenen Zeit durch, in den Streik zu treten. Wir stehen vor neuen Tarifverhandlungen und wenn es gilt, dann alle Mann vor die Front. In diesem Geist werden auch die freimüthigen Kollegen ihre Lebensinteressen wahrzunehmen haben.

Folgen ungenügenden Organisationsmaßes.

Die Porzellanfabriken in Ludwigstadt und Steinbach am Wald in Oberfranken gehören zu den Schmerzenskindern. Die in Ludwigstadt stand längere Zeit still und wurde vor Wochen wieder in Betrieb genommen. Die Arbeiter waren frech, wieder Stellung zu erhalten und schüden leider unterschrittlich eine Bestimmung, sich weder politisch noch gewerkschaftlich zu organisieren. Die so Verpflichteten und Einsechshundertern wagen auch nicht, die auch für sie gültigen Tarifbestimmungen in Anspruch zu nehmen und verzichten auf alle ihre Rechte als Staatsbürger. Es wäre an der Zeit, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Porzellanfabrik Ludwigstadt durch Anschluß an den Keramischen Bund sich ihre Rechte sichern; sie sollten auch einsehen, daß ihr Verzicht auf politische und gewerkschaftliche Organisierung auch mit ihrer Unterstützung zu nichts verhilft, denn so etwas zu verweigern, ist ungerecht und verstößt gegen die Verfassung, Gesetz und Recht. Die Arbeiter tun gut, von dem Fabrikanten eine Photographie einzufassen, damit der Sonderling seinen Kreisen der Öffentlichkeit gezeigt werden kann, denn solche Bescheideneremalare im jetzigen Reichalter sind selten und gehören der Nachwelt überliebert. — Der Betrieb in Steinbach am Wald gehört zur Firma Manschert, die nur die Tarifbestimmungen erfüllt, wenn die Arbeiterschaft dem Keramischen Bund angeschlossen ist und somit im Betrieb ihre Rechte in Anspruch nimmt. Solange die Firma nicht den Rückhalt, die Sicherheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft zu spüren bekommt, behandelt sie die unorganisierten Arbeiter, wie sie es verdienen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten das erkennen und im Keramischen Bund ihren Schutz finden. Solange sie das nicht tun, ist ihnen nicht zu helfen.

Lohnreduzierungen statt Teuerungsulagen.

Uns wird geschrieben:
Bei der Fa. Hahl & Co., Porzellanfabrik in Radowitz, sind in der Dreherei Differenzen ausgebrochen, die zur Kündigung der dort beschäftigten Dreher geführt haben. Die Direktion stellt die dortigen Dreher einzeln vor die Alternative: Entweder ihr macht die Artikelnummer soviel, wie ich will, billiger, dann könnt ihr weiterarbeiten; wenn nicht, werden die vorhandenen Aufträge nicht ausgeführt, und erfolgt wegen

Arbeitsmangel zur Entlassung fertig — Punkt!

Und dies trotz bestehender und anerkannter Tarifbestimmungen. Die Dreher haben dieses Diktat abgelehnt, und ist am 8. Januar d. J. ihre Kündigung tatsächlich erfolgt. Herr Direktor Zehisch ist Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Porzellanindustriellen in Karlsbad. Dieser Vorgang läßt tief blicken, was die Porzellanarbeiter im laufenden Jahre von ihren Unternehmern zu erwarten haben, wenn ihr Vorsitzender mit so gutem Beispiel vorangeht. Bezug von Porzellanarbeitern nach Radowitz ist streng fernzuhalten.

Porzellangeschäft.

Von der oberfränkischen Porzellanindustrie wird berichtet, daß das Weihnachtsgeschäft durchweg ein befriedigendes war. Die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage in dem großen Konsumgebiet Rheinland-Westfalen infolge des siebenmonatigen englischen Kohlenstreiks ist auch der heimischen Porzellanindustrie zugute gekommen. Immerhin kann zurzeit die volle Produktionskraft der Porzellanfabriken nicht überall ausgenutzt werden; teilweise wird sogar in einzelnen Betriebsabteilungen noch Kurzarbeit geleistet. Gestagt wird allenthalben über ungenügende Preise. Als unsicher erachtet die Geschäftslage für die ersten Monate des neuen Jahres. Laßt sich ein Landgeschäft nach Jahresrückblick wieder nach, so vermag der Export keinerlei Erlöse zu bieten, denn das Unzufriedenheitsgefühl ist entweder durch zu hohe Zölle oder durch die tschechoslowakische und japanische Konkurrenz stark behindert. — Der Inhalt dieser Notiz läßt erkennen, was die Steigerung der Kaufkraft in Rheinland-Westfalen der Porzellanindustrie für eine Belebung brachte. Wie groß würde diese wohl sein, wenn in ganz Deutschland die Kaufkraft bemüht geboben würde? Sider wäre es dann kaum eine Ueberproduktion.

Berichte über die Steingutindustrie.

Ludwig Wessel, A.-G. für Porzellan- und Steingutindustrie in Bonn, läßt berichten, daß sich der Geschäftsgang wesentlich gebessert hat, worauf auch die Kurssteigerungen der Aktien zurückzuführen seien. — In einer Sitzung des englischen Untersuchungsausschusses, der den Antrag der englischen Steingutindustrie auf Einführung von Schutzzöllen für Tafelgeschirre unteruchen soll, haben die Steingutindustriellen als Grund für die verlangte Schutzmaßnahme angeführt, daß die deutsche Steingutindustrie infolge ihrer wesentlich verbilligten Arbeitsbedingungen die englische Steingutindustrie nicht allein auf den Auslandsmärkten, sondern auch allmählich in England selbst verdrängt.

Zur Abwehr der Unternehmervillfür bereit.

In der gutbesuchten Haftstellenversammlung am 18. 12. 1926 in Röllwitz wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Porzellanarbeiter Röllwitz stehen bei den neuen Verhandlungen geschlossen hinter der Verhandlungskommission und werden auch zur Abwehr der Unternehmervillfür vor Anwendung der schärfsten Maßnahmen nicht zurückweichen. — Da in verschiedenen Abteilungen des Röllwitzer Betriebes Lohn-differenzen bestehen, ist Röllwitz so lange zu meiden, bis alles beigelegt ist.

Wenn Gell lieb hat, den züchtigt er.

Die Belegschaft des Schweizer Bergwerkvereins, Abteilung Kohlfabrik, hat im Jahre 1926 manches Unangenehme über sich ergehen lassen müssen. Unordnungen, Anträge auf Abhebung des Betriebsrates, Kurzarbeit, das drohende Geiseln der Betriebsstilllegung, unangenehme Wohnabzüge für schadhafte Ware und eine ganz miserable Behandlung durch die Vorgesetzten, insbesondere durch Ingenieur Kaiser und Techniker Häusler. Häusler hat sich besonders bei der Belegschaft als Stahlhelmbauptmann beliebt gemacht. Erst kurze Zeit im Betrieb, und alles wurde umgefrenst, was nicht niet- und nagelfest war. Der Erlola seiner Tätigkeit heisst darin, daß die Ware, die aus dem Ofen kommt, zeitweise 50 bis 70 Proz. Bruch in sich birgt. Das hat zur Folge, daß die im Werk befindliche Mahlanlage und die Aufzüge sehr außer Acht gelassen sind. Selbst der Generaldirektor des Werkes, Herr Wagle, kommt allmählich zur Einsicht, daß es so nicht weiter gehen kann. Erst kürzlich bei der Ansicht eines total verordneten Lebens erklärte Herr Wagle: „Herr Häusler, alles wollten Sie besser machen und können doch nichts.“ Darüber sehr beleidigt, versuchte Häusler durch die Tat zu beweisen, daß er doch etwas kann. Und richtig, eine wunderbare Leistung! Er machte sich daran, mit dem Betriebsleiter Dietrich zwei Osen zu brennen, mit dem Ergebnis, daß der von ihm bediente Ofen 50 Proz. Bruch ergab, während der Ofen des Herrn Dietrich nur 5 Proz. Bruch hatte. Und so was nennt sich Betriebschef, der sein ganzes Können darin sieht, die Unordnungen zu drücken und dadurch seine Schwächen zu verdecken. Wie lange wird sich die Generaldirektion noch eine solche Verdrückung an Material und Geld in Luxemburg gefallen lassen?

Den härtesten Druck hat aber der Betriebsrat im letzten Jahr auszuhalten müssen. Den Schlußakt bildete eine Betriebsrats-sitzung mit Ingenieur Kaiser am 13. Dezember 1926, an der auch der Unterzeichnete teilgenommen hat. Die Tagesordnung bestand aus folgenden Punkten:

1. Einführung von Sprechstunden.
2. Anschaffung von Gesetzbüchern.
3. Unfallvorschriften und deren Ueberwachung nach § 66 des Betriebsratsgesetzes.
4. Bekanntmachung über Strafbestimmungen bei Zuspätkommen.
5. Beschaffung eines Betriebsratszimmers.
6. Weihnachtunterstützung.

Die Sitzung wurde mit militärischer Pünktlichkeit um 5.10 Uhr eröffnet und dauerte ganze 10 Minuten. Kaiser er-schien mit den Worten: „Meine Herren, mir steht nur wenig Zeit zur Verfügung. Ich laese Ihnen den Standpunkt der Firma zu den einzelnen Punkten. Herr Vertwig kann nur beratend teilnehmen. Punkt 1, 2, 3 und 4 wird abgelehnt. Das Betriebsratszimmer stellen wir zur Verfügung. Die Zahlung einer Weihnachtunterstützung ist noch nicht entschieden, eventuell nur an die älteren Arbeiter.“ Es entspann sich nun auf Grund der Beschlüsse des Betriebsrates eine Debatte über den Standpunkt der Firma zu den einzelnen Punkten, die aber nichts an dem abklingenden Standpunkt der Firma änderte. Zum Schluß noch die Erklärung der Firma, daß die Arbeiterschaft um 10 Proz. eingeschränkt wird. Der Auftragsbestand ist ein guter, dem Werk ist es schlecht. Diese Bemerkung löste bei einem Betriebs-ratsmitglied ein Gähnen aus, was K. nur Veranlassung gab, zu erklären, sich das unter allen Umständen zu verbieten, die Lage sei zu ernst, die Sorgen des Werkes zu groß, und man dürfe keine Forderungen stellen, die die Firma ins Wackeln bringen würden. Das Auto stand schon bereit und Kaiser war verschwunden. So bringt man mit dem Betriebsrat um, wo der Stahlhelm im Werk ist. Und diese Herren wollen den Betriebs-ratsmitgliedern Gedanken pflegen und schimpfen auf die hohen Gewerkschaften, die das nicht einsehen wollen, was hier „Gutes“ für die Arbeiterschaft geleistet wird.

Eine Ueberraschung gab es noch mit der Auszahlung der Weihnachtunterstützung. Die Stahlhelmer hatten schon ausgerechnet, was jeder dafür kaufen kann. Das ganze Werk war in Spannung. Auf einmal wird der Vorsitzende des Betriebsrates gerufen und ihm erklärt, daß die Weihnachtunterstützung abgelehnt ist. Ein anonym Brief sei an die Generaldirektion geschrieben worden über die Zustände im Werk, insbesondere über Herrn Häusler, der auch große Uebertreibungen enthalte. Erst Herrn Häusler, der auch große Uebertreibungen enthalte, müsse der Briefschreiber festgelegt werden, dann läßt sich darüber reden. Der Brief wird, wenn es sich nicht überhaupt um faule

Waren handle, von einem Opfer der Nationalisierung ge-

Unternehmerwillkür kennt keine Grenzen.

Zum 1. Januar hat der Arbeitgeberverband der Ziegler...

Wenn unsere Kollegen im Spätherbst des Jahres 1926...

Um die hier sich bessernde Lage wollen aber die Unternehmer...

Im rheinisch-westfälischen Tarifgebiet haben die Lohnver-

Als dem Vorgehen der Unternehmer, das als äußerst...

Bei Arbeitsaufnahme im Bezirk Hagen, einschließlich...

Die Lage der Zementindustrie 1926.

Die Lage der Zementindustrie im vergangenen Jahre...

Die Lage der Zementindustrie im vergangenen Jahre...

Dr. ten Hompel scherte sich auch über die Lage der Zement-

Zu der Woche vom 16. bis 22. Januar ist der 4. Wochenbeitrag fällig.

In der Zementindustrie habe das erste Halbjahr 1926...

Wir glauben nicht, daß Herr Dr. ten Hompel den neu-

Erwerbslose im Nachteil.

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei...

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei...

Wir erhielten von unseren Kollegen aus Groß-Warte-

Die Wanderarbeiter Hagen darüber, daß ihnen im Westen...

Im § 9 der Verordnung über Erwerbslosenunterstützung...

Der § 12, Absatz 3 zählt die Personen auf, für die eine...

„wenn der Erwerbslose vor Eintritt der Unterstützungs-

Das dürfte wohl bei den meisten Wanderarbeitern, wozu die...

Es bedeutet eine große Härte, wenn diesen Arbeitern gegen-

Wir können von hier aus selbstverständlich nicht alle Be-

Die Bauansichten 1927.

Das Baujahr 1927 scheint ein gutes zu werden. Es wird...

Das letzte verwohnen, namentlich im letzten Geschäftsjahre...

Ein zentralisiertes Baujahr scheint die Verwaltung...

Gewerkschaftliches.

Ein zentralisiertes Baujahr scheint die Verwaltung...

Allgemeines.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Die Verschlechterung...

Brauereierlöse die höchsten Kurse. Die Bierbrauereien...

Das deutsche Großkapital macht fremde Aktienmärkte...

Das deutsche Großkapital macht fremde Aktienmärkte...

Literarisches.

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

Die revolutionären Sänglinge. Unter diesem Titel bringt das neue...

Die illustrierte Reichsbannerzeitung ist die erste republikanische...

Ein Handbuch für Funktionäre und Lernende, so nennt Genosse...

„Die Gemeindeförderung“ Halbmantelsschrift für sozialistische...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...

„Lachen links“ bringt in seiner neuen Nr. 2 eine große Zahl...